

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Föderation Schweiz und Föderation Europa  
**Autor:** Hersch, Jeanne  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093207>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Jeanne Hersch

# Föderation Schweiz und Föderation Europa

Die bekannte Genfer Philosophin Jeanne Hersch hat den vorliegenden Text diesen Herbst in «Commentaire», Paris, veröffentlicht.

Die grossen Umsetzer europäischer Vereinigung waren Adenauer, de Gaspari, Schumann und Jean Monnet. Aber schon vor ihnen hatte die Bemühung um ein föderales Europa eingesetzt, gewachsen aus dem Widerstand gegen die braune Diktatur.

Gegner und Opfer von Nationalsozialismus und Faschismus kamen als erste zur Überzeugung, dass ein künftiger Friede in Freiheit für diesen Kontinent durch einen Bund der europäischen Staaten zu gewährleisten sei. Eugen Kogon (später der erste Präsident der Europa-Union) hatte das KZ Buchenwald überlebt; Altiero Spinelli brachte die Erfahrung von 17 Jahren Verfolgung in Italien mit; Henri Frenay organisierte seit 1940 die Résistance im unbesetzten Teil Frankreichs. Der Widerstand war die gemeinsame europäische Heimat jener Leute, die sich nach dem Krieg im Willen zusammaten, ein föderales Europa zu ermöglichen, aber gemeinsam zu schaffen war es von allen westeuropäischen Demokraten, denn funktionierende Demokratien galten den geistigen Urhebern als Vorbedingung. Die Bürger Europas sollten Subjekt und nicht etwa Objekt europäischer Politik sein.

Nochmals: Dieses vorgedachte Europa erwuchs einer leidenschaftlichen und opferbereiten Hingabe an Frieden und Freiheit, die endlich als unabdingbare Zusammengehörigkeit begriffen wurden. Da war es nach einigen Jahren bestürzend zu vernehmen, wie inzwischen die Ansicht verbreitet wurde, die europäische Vereinigung sei nichts weiter als eine bürokratische Unternehmung im Dienste bestimmter Wirtschaftsinteressen.

\* \* \*

Jenes ursprüngliche Europa jedenfalls, föderativ konzipiert zur Gewährleistung von Frieden und Demokratie, hatte dem Anschein nach alles, um die Schweizer Staatsbürger für sich einzunehmen. Indessen kam es anders.

Dabei war es durchaus so, dass gerade jene Schweizer, die den Nazis die Anpassung verweigert hatten, nach dem Krieg als erste den besiegten Deutschen die Hand reichten; als engagierte Europa-Föderalisten wollten sie die Zukunft eben mit der Versöhnung beginnen lassen. Dem mehrheitlichen und allgemeinen Reflex entsprach das freilich nicht. Die Schweiz als solche zog aus ihrer Kriegsverschonung schon eher konservative Schlüsse. Schliesslich hatte sich doch der Neutralitätsstatus in Verbindung mit der dissuasiven Mobilmachung als erfolgreich erwiesen; also galt es die «bewaffnete Neutralität» fortzusetzen. Zwar ging das nicht ohne anhaltendes Unbehagen ab, aber dem entzog man sich durch Rückzug auf die Tradition humanitärer Verpflichtungen, beispielhaft verkörpert durch das Rote Kreuz.

\* \* \*

Ein Nationalismus gleicht dem andern, und doch: Es ist nie das gleiche, ob man Bürger des einen oder des andern Staates ist. Da fehlt es den europäischen Ländern an einer gemeinsamen Gegebenheit. Die Unvereinbarkeiten gegensätzlicher politischer Systeme und Situationen sind natürlich flagrant, aber die meine ich hier nicht einmal. Vielmehr geht es mir um subtilere Besonderheiten, unterschiedlich tief verwurzelt in der Geschichte, in der Kultur, manchmal im Glauben. Selbst in den Bindungen der Familie finden sich je landeseigene Nuancen. Auch unter normalen Bedingungen (soweit man den Begriff überhaupt brauchen darf) gibt es durchaus spezifische Heimatgefühle mit der Folge auch spezifischer Erwartungen und Ansprüche.

Fühlt sich der Bürger eins mit seinem Land, mit seinem Staat? Es ist hübsch festzustellen, finde ich, wie schon der Sprachgebrauch darauf Antworten gibt, die sich so leicht nicht austauschen lassen. Die Engländer sagen verdinglicht «this country», und die Franzosen sagen mitgenommen «nous», selbst wenn sie bloss die Regierung meinen, selbst wenn sie mit dieser alles andere als einverstanden sind.

\* \* \*

Die Schweiz ist ein Kleinstaat und will nichts anderes sein; auf diese Eigenschaft unter andern wird ihre lange Kriegsverschonung zurückgeführt.

Eine natürliche Gegebenheit ist das Gebilde nicht: keine Insel, kein Stiefel und keine gesonderte Ausprägung vom Festland. Schaut euch die Karte an beim täglichen Wetterbericht: Ergeben die komischen Ausformungen ringsum überhaupt eine Form? Nein, so ein Staatsgebiet ist nicht geographisch bedingt. Es ist Stück für Stück gewollt worden, über Jahrhunderte hin. Seine Essenz ist historisch, quasi biographisch. Die Schweiz ist unter ständigem Zutun zu ihrer unverwechselbaren Lebensart gekommen.

Zwischen verhältnismässig grossen Nationalstaaten gelegen, ist die Schweiz selbst kein Nationalstaat, keine Nation in diesem Sinne. Die Schweizer pflegen, wenn sie die Tätigkeit der eidgenössischen Behörden meinen, nicht «wir» zu sagen, sondern französisch «eux» oder deutsch eine grammatikalisch spezielle dritte Person wie in der Wendung «Die machen doch, was sie wollen». Und häufig genug sagen sie einfach «Bern».

Das, worin sich die Schweizer im staatlichen Ergebnis erkennen, beschränkt sich eher auf die politische Geschichte, auf die gewordene Rechtsordnung in der Spezialmischung von Demokratie und Föderalismus. «Der Souverän», das ist in der exklusiv-helvetischen Sinngebung jene Gesamtheit aus Bevölkerung und Ständen, die sich durch Stimmabgabe kundtut — und sei sie bloss dreissigprozentig.

Gerade weil die Schweizer ihr Land vorrangig mit der Rechtsordnung verhaftet sehen, schlagen deren Verletzungen grössere Wunden noch als anderswo, und das gilt auch dann, wenn man die Rechte von Asylbewerbern oder Saisoniers verletzt. Immerhin achtet man im politischen Alltagsleben recht verlässlich darauf, den Minderheitsstatus der Romands, der Italianita und der Rätoromanen zu respektieren, ja zu kompensieren.

\* \* \*

Jedenfalls ist die Zugehörigkeit des Schweizer Bürgers zu seinem Land entgegen verbreiteten Ansichten hauptsächlich *politisch* und überhaupt nicht ethnisch bezogen. Kultureller Art ist sie auch, aber da schon deutlich schwächer, und dann betrifft sie auch eher nur die Lebensart und den gemeinschaftlichen Umgang; das kulturelle Band der Eidgenossen hat nicht den «gehobenen» Sinn der Franzosen mit Anspruch auf Denkart, Kunst und Geschmack von speziell französischem Charakter.

Zum Schweizertum gehört das Leben und Lebenlassen. Typischerweise sind die Schweizer stolz auf die Vielfalt ihres Landes und suchen sie eher zu erhalten als zu überwinden. Dafür in Kauf genommen wird eine umständliche und instanzbefrachtete Innenpolitik. Das Prozedere zwischen den beiden Kammern des Parlaments, der Volksvertretung (schon ausgeklügelt genug im Parteienproporz) und der Ständevertretung, könnte komplizierter nicht sein.

Dramatischen Ablösungen ist da in mehreren Mustern vorgebeugt, und schon etliche Intellektuelle haben ihrem Unmut über die politische Monotonie beredten Ausdruck verliehen.

Indessen bewegt sich dafür im Rahmen der beschränkten Einsätze eigentlich immer etwas, und häufig sind die Implikationen grösser, als die Form es vermuten lässt, und die Bedeutung übersteigt dann und wann die Ausmarchung der Interessen.

\* \* \*

Selbstverständlich leben die Schweizer nicht ausschliesslich gemäss schweizerischen Charakteristiken. Wie jedes Land ist die Schweiz komplex beschaffen, mit beliebig vielen Widersprüchen zur nationalen Essenz. Diese lässt sich gedanklich herausdestillieren, aber real kommt sie in reiner Form nicht vor; wie sollte sie auch? Beispiele konträrer Wirklichkeit gibt es zur Genüge. Ich nenne hier nur die verblüffende Verspätung, mit welcher die «Musterdemokratie» das Erwachsenenstimmrecht für Frauen wie für Männer eingeführt

hat. Dem sollte man eines Tages noch auf den Grund gehen, ohne sich voreilig mit der Schablone des «Kon-servativismus» zufriedenzugeben.

\* \* \*

Ansonsten ist das alte Klischee der Schokolade und der Kühe überlagert worden vom neuen Klischee der Banken und der Gnome. Wobei das simplifizierende Bild keineswegs nur aus Lügen besteht. Wie anderswo auch gibt es in der Schweiz die durchaus realen Pressure groups, die der Stimmabgabe des «Souveräns» den Rang streitig machen, und übrigens gehören die Medien trotz des vermeintlichen Gegensatzes ihrer Macht tatsächlich dazu.

Indessen vermögen die Pressure groups bei all ihrer Aufdringlichkeit nicht alles. Darunter hält sich mit sozusagen urschweizerischer Zähigkeit jene Art von Widerstand und Zugehörigkeit, die jene zusammenhalten will, die leben und leben lassen.

Wobei der Wille schweizerischer Eigentümlichkeit nicht unbedingt das Niveau erreicht, etwa die Menschenrechte ohne Vorbedingungen zu gewährleisten. Entsprechend gelten die Freiheiten für «unsereiner» dem Schweizer etwas mehr als die Freiheiten für die andern. Immerhin: grosso modo ist der «Souverän» guten Willens.

Die Schweizer prahlen manchmal mit nationalen Tugenden, die sie so sicher gar nicht haben. Dafür praktizieren sie in aller Selbstverständlichkeit föderalistische Tugenden, ohne es zu merken. Diese entsprechen weniger einem theoretischen Konzept als dem politischen Hausgebrauch. Man wird mancher föderalismusgünstigen Gegebenheit erst gewahr, wenn sie bedroht ist.

Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Bestandteile der helvetischen Pluralität einander glücklicherweise nicht decken. So fallen sprachliche und kantonale Grenzen nicht unbedingt zusammen; es gibt zweisprachige Kantone, und eine Standesschaffung nach dem Prinzip der sprachlichen Einheit zu fordern, ist im schweizerischen Verständnis eher atypisch.

Ferner überschneiden die konfessionellen Grenzen, soweit sie auszumachen sind, sowohl die kantonalen als auch die sprachlichen Grenzen. Dann gibt es kaum noch Kantone, die man eindeutig als ländlich oder als städtisch einstufen kann, obwohl zusammenhängende Gegenden dieser oder jener Dominante durchaus vorkommen. Und so weiter.

Die scheinbare Unordentlichkeit der Zugehörigkeitskriterien ist der föderativen Kohärenz geschichtlich zustatten gekommen. Und in Hinblick auf ein föderatives Europa böte das — bloss vorliegende und nicht statuierte — Exempel vielleicht Stoff für nützliche Überlegungen.

Eine der Bedrohungen für die mehrdimensionale Vielfalt der Eidgenossenschaft scheint mir darin zu liegen, dass die elektronischen Medien dazu führen, das eine und alleinige Merkmal der bloss sprachlichen Region überwiegend zu machen.

\* \* \*

Das anerkannte Prinzip der demokratischen Gewaltentrennung betrifft die legislative, die exekutive und die richterliche Gewalt. Laut der politischen Theorie beugt es bereits der Willkür der einen oder andern Seite vor. Die Schweiz indessen begnügt sich nicht damit. Die Behörden in ihrer Vollständigkeit sind durch die Zahl der Stände zu multiplizieren. Deshalb kommen 25 kantonale Parlamente, Regierungen und Gerichte zu den Behörden des Bundes hinzu (er wird im übrigen missverständlich Confoederatio genannt, obwohl er eine Föderation ist). Die kantonale Autonomie stellt objektiv etwas dar. Und subjektiv auch, wie denn manche Landsleute sich so sehen: «Ich bin ein Schweizer, weil ich ein Vaudois bin (oder ein Basler oder ein Appenzeller)».

Auch der Instinkt, der Macht überhaupt zu misstrauen, hat dazu geführt, sie so zu zerstückeln — und gleichzeitig ihre Teile dem Bürger näherzubringen. In diesem Land ist es recht eigentlich verwurzelt, jenes Subsidiaritätsprinzip, welches man in der Europäischen Gemeinschaft zum Glück mit zunehmendem Ernst erör-



Soll sich die Schweiz an der europäischen Integration beteiligen? Der Bundesrat sagt ja. V. l. n. r.: die Bundesräte J.-P. Delamuraz, R. Felber, A. Ogi an einer Pressekonferenz zum EWR (Foto: Keystone).

tert. Es verlangt, dass alle Entscheidungen so weit unten wie möglich und so weit oben wie nötig getroffen werden. In der Schweiz kennt man die Praxis ohne das Wort schon lange. Die Sache der Gemeinde soll nicht vom Kanton an sich gerissen werden, und die Sache des Kantons nicht vom Bund.

Die Verteilung der Befugnisse ist mit Umständen verbunden. Grosse Vorhaben werden geschmälert oder doch gebremst; die glatte Effizienz nimmt Schaden. So ist der schweizerische Strassenbau immer wieder an Kantonsgrenzen zum Einhalt gekommen und so weiter. Andererseits hat man so weniger Fehlentscheidungen zuzunehmen, aber mit dem Abwägen der materiellen Vor- und Nachteile hat es nicht sein Bewenden. Die Hauptsache betrifft die Absage an eine zentralistische Macht, die von oben ihren Zwang auf Individuen und Gruppen ausüben kann. So etwas merkt der Bürger auch ohne grosse polittheoretische Begründungen. Die Vielfalt der Personen und ihrer Einordnungen wird durch die Vielfalt von Gewalten und Gegengewalten besser geschützt als durch Zentralen.

Es gibt das berühmte «helvetische Malaise», eine wachsende Realität.

Es hat, denke ich, wesentlich damit zu tun, dass es der *wirtschaftlichen Macht* nicht gelungen ist, eine Analogie zum politischen Subsidiaritätsprinzip zu finden und sich strukturelle Grenzen zu setzen. Die Gebote des Wettbewerbs sind dort normalerweise die einzigen, die man respektiert. Immerhin ist das nicht bis zur Ausschliesslichkeit gediehen. Man wurde dessen gewahr, wenn es zu Verhandlungen mit Gewerkschaften kam, die stark und repräsentativ waren, und auch bei der Einführung der obligatorischen AHV hat sich ein gewissermassen föderales Denken durchgesetzt.

\* \* \*

Ein föderales Europa ist in Vorbereitung, und ihm beizutreten hat die Schweiz mehr Gründe als andere Länder.

Da ist einmal die relativ zentrale geographische Lage zwischen Nationen, deren Sprachen hier einander begegnen. Da ist ferner die Chance, ohne der Kleinheit verlustig zu gehen, einer gewissen Kleinlichkeit zu entkommen, an der schon manche Schweizer so gelitten haben, dass sie auszogen. Da ist der Anreiz, produktiv mitzuhalten, zu lernen und zu lehren, mit den andern zusammen eine

Zukunft anzugehen, die sich unsern Vorstellungen entzieht.

Die Schweiz hat das Privileg ihrer föderalistischen Fülle in Jahrhunderten ausgestaltet. Sie könnte sich soweit zu Hause fühlen in einem föderalen Europa, dem sie ihre geschichtliche Erfahrung anzubieten hätte. Und sie brauchte sich weniger zu fürchten als früher vor den revolutionären, kriegerischen und ideologischen Unterfangen, zu denen die Nachbarn sich verleiten liessen.

Die Schweiz ist weder territorial noch national eine natürliche Gegebenheit, und ihrem ehrwürdigen Alter zum Trotz bleibt sie in jeglichen Zeitläufen eine politische Aufgabe. Da müsste diese doch eine unbefangene Fortsetzung in der grösseren Aufgabe der werdenden Föderation Europa finden können. Schliesslich brauchen die Schweizer nicht einmal, wie ihre Nachbarn, die Erinnerung an Kriege und Kriegsfolgen zu überwinden.

\* \* \*

Nur stösst der Beitritt an Hindernisse, die mit dem Schweizertum selbst zu tun haben; selbst im Charakter unserer Widerstände bleiben wir den Nachbarn unähnlich.

Ein leicht wahrnehmbares Hindernis ist unser international anerkannter Neutralitätsstatus. Die Begeisterung dafür ist uns zwar abhanden gekommen, aber wir billigen ihm doch die pragmatische Güte zu, uns vor zwei Weltkriegen bewahrt zu haben und hierbei insbesondere vor der Einverleibung durch Hitler-Deutschland; die Erinnerung an den mitretrenden Aktivdienst wirkt nach. Heute erklärt man der Bevölkerung, was sie selber weiss, dass nämlich die Umstände anders geworden sind. Nur misstraut sie den möglichen Veränderungen trotzdem. Grundlegend bleibt sie, was sie war, ohne das geringste Bedürfnis, sich in die Geschichte der andern einzumischen (oder kanzeltönig «einzubringen»), weil ihr ihre eigene Geschichte genügt. Dabei ist sie durchaus bereit, auch Solidarität zu zeigen, bloss halt im vernünftigen Ausmass.

Sehr ernst zu nehmen ist ein zweites Hindernis, unser Beharren auf der «direkten Demokratie». Sie beruht darauf, dass die Bürger von sich aus Gesetzesvorlagen zur Volksabstimmung bringen können. Das «Referendum» richtet sich gegen ein parlamentarisch angenommenes Gesetz, und die «Initiative» gilt einer selbstgewünschten Vorlage.

Nun ist es nicht zu leugnen: In allen Belangen, welche zur Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft gehören, wird die direkte Demokratie abgeschafft; schliesslich kann die EG nicht als Bedienung à la carte funktionieren. Das mag der Schweizer einschen, aber diese Rechte bestimmen nun einmal seine eigene Persönlichkeit als Schweizer Bürger.

Das Schweizervolk weiss oder fühlt, dass die Umsetzung föderalistischer Prinzipien komplex und widerspruchsvoll ist, wie deutlich formuliert und wie praxisbewährt diese immer seien. Die Toleranz ist eine Tugend, aber im Falle vitaler Konfrontationen reicht sie nicht mehr hin. Man hat seine absoluten Werte, wenn man föderal mit dem andern zusammenlebt, der seinerseits andere Werte absolut hochhält. Das ist eine unausweichliche Problematik, der man in immer neuen Formen und Grenzbeziehungen beizukommen sucht.

Und natürlich gibt es neben den objektiveren Hindernissen auch die schiere Verweigerung, die sich meist in Ausflüchten kundtut. Man scheut das Wagnis und den Fremden. Die Gegenwart kennt man wenigstens und zieht sie einer Zukunft vor, die nicht so ausgeleuchtet ist.

\* \* \*

Man stellt die Frage, was der allfällige Beitritt zur Gemeinschaft bringt, uns natürlich. Aber was bringt er der Gemeinschaft? Diese Frage stellen wir kaum, bescheiden wie wir sind oder tun.

Wir scheuen begreiflicherweise die Lächerlichkeit des kleinstaatlichen Oberlehrers, aber den Erfahrungsaustausch in dieser Pose zu pflegen braucht ja niemand, nicht einmal ein

Schweizer. Indes lässt sich die Frage auch ernstlich stellen: Wäre eine schweizerische EG-Mitgliedschaft nicht eher hinderlich, wenn es darum ginge, aus Europa eine eigenstaatliche Föderation zu machen? Eben nicht bloss einen grossen Markt, sondern einen wirklichen Bund mit seiner europäischen Politik und Sicherheitspolitik. Ich bin für einen europäischen Bundesstaat eingestanden, nicht für einen unverbindlichen Staatenbund, und da frage ich mich heute, ob ich die schweizerische Mitgliedschaft in der Gemeinschaft wirklich wünschen soll. Wenn nämlich die Schweizer nur beitreten, um vom Wirtschaftsaustausch zu profitieren, und sonst alles behalten wollen, ihren eigenen Typus, ihre eigene demokratische Unabhängigkeit, ihre Neutralität, dann, meine ich, sollten sie tatsächlich besser draussen bleiben. Lieber ein Europa ohne Schweiz als ein Europa mit einer Schweiz, die als einzige Morgengabe ihre Widerspenstigkeit mitbrächte.

\* \* \*

Schliessen wir den Kreis und kommen wir zurück zu jenen Europäern, die am Ende des letzten europäischen Bürgerkrieges den ruinierten Kontinent binden wollten: Sie wünschten ihn endgültig, den europäischen Bundesstaat, um auszuschiessen, dass das 21. Jahrhundert in die Schrecken des 20. Jahrhunderts zurückfalle, in welcher Form auch immer. Deshalb muss Europa gewollt und gemacht werden. Wenigstens Westeuropa kann bereits zum Bundesstaat werden, Beauftragter der gemeinsamen Geschichte, Partner der Vereinigten Staaten und Verantwortungsträger in der Welt. Denn auch die andern Kontinente, heimgesucht von Elend, Hunger und Massentod, brauchen ein handlungsfähiges Europa.

Auf diese Perspektiven muss man zurückkommen, wenn man das «Für und Wider» abwägt. Natürlich rechnet jeder Staat die Vorteile und Nachteile eines Beitritts aus, und selbstverständlich sind wirtschaftliche Interessen mit im Spiel; da wird verhandelt und ausgehandelt. Das ist soweit auch legitim. Indessen sollten die «nationalen» Gesprächsführer

nie vergessen, dass sie mehr zu vertreten haben als nur die Anliegen einer Partei ihres jeweiligen Landes. Sie müssen sich der Kohärenz der Föderation verpflichtet fühlen, die als gemeinschaftliches Anliegen entstehen soll. Europa muss mehr sein als erweiterte Wirtschaftseffizienz. Es muss ein Garant sein für den Frieden und die Zukunft. Dazu braucht es politische und militärische Stärke. Dann mag jeder seine Autonomie verteidigen dort, wo sie nicht auf Kosten der europäischen Voraussetzung geht.

\* \* \*

Wir leben in einer widersprüchlichen Zeit. In Europa selbst tötet der Krieg mehr Menschen jeden Tag. Und gleichzeitig sind wir der kontinentalen Friedenschaffung nähergekommen.

Die Zukunft ist in solchen Zeiten besonders unberechenbar. Die grossen Fragen stellen sich, und da nimmt sich kleinliches Feilschen um diese oder jene wirtschaftlichen oder politischen Vorteile hier wie anderswo besonders seltsam aus. Europa hat seine geschichtlich zugeteilte Rolle; es muss nur bereit sein, sie auch zu spielen.

Osteuropa seinerseits wird hin- und hergerissen zwischen nationalistischer Ausmarchung und dem Wunsch, sich überstürzt den Westeuropäern anzuschliessen. Aber die Osteuropäer haben mehr von einem starken Westeuropa als von einem gelähmten Gesamteuropa, das sich zu früh vereinigt hätte.

Diese Feststellung freilich darf nicht zum Vorwand dafür werden, die Osteuropäer und ihre dringenden Bedürfnisse zu vergessen. Vielleicht kommt es dort zur Bildung angemessener Föderationen, die sich dann als solche der europäischen Föderation eingliedern können, aber wie immer: der Hass gehört in die Vergangenheit und darf nicht unsere Zukunft bestimmen. Und fürs erste gilt: Bei den Armen geht es um das schiere Überleben, und zwar nicht später einmal, sondern jetzt.

*(Deutsch: Christian Brügger)*